

**Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)) bzw. des § 55 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Bürgeranfragen in der Abteilung Strafrecht der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg

Drehbahn 36

20354 Hamburg

Tel.: 040 42828-0

Fax: 040 4273-13245

Email: [poststelle@justiz.hamburg.de](mailto:poststelle@justiz.hamburg.de)

Die Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Kaiser-Wilhelm-Strasse 100

20354 Hamburg

E-Mail: [jbdatschutz@justiz.hamburg.de](mailto:jbdatschutz@justiz.hamburg.de)

Personenbezogene Daten werden verarbeitet, um die mitgeteilten Anliegen von Bürgern bzw. Bürgerinnen aufzuklären und ihre Anfragen beantworten zu können.

Bei den dazu verarbeiteten Daten kann es sich – je nach Lage des Einzelfalles – handeln um Vornamen, Zunamen, Geburtsdatum Anschrift, Aktenzeichen sowie Informationen, die sich aus dem angesprochenen sachlichen und persönlichen Zusammenhang ergeben.

Die personenbezogenen Daten stammen entweder vom Bürger selbst oder aber von einer anderen Stelle, die beteiligt wurde, um das Anliegen des Bürgers zu klären.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind je nach Lage des Einzelfalles Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. e), f), g) der Verordnung (EU) 2016/679 (EU-DSGVO) bzw. §§ 47, 48 BDSG.

Nach Abschluss des Verfahrens werden Ihre Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Abschluss der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der für das Archivwesen geltenden gesetzlichen Bestimmungen im elektronischen Archiv ELDORADO aufbewahrt. Worddateien und ggf. E-Mails werden zeitweilig vorgehalten und in unregelmäßigen Abständen, jedoch vor Ablauf der Aufbewahrungsfristen gelöscht.

Die personenbezogenen Daten können im Zuge der vorstehend beschriebenen Verarbeitungstätigkeit weitergegeben werden an

- Vorgesetzte
- (General-)Staatsanwaltschaft,
- ggf. Innenrevision oder Rechnungshof
- die von der Justizverwaltung im Rahmen des Erforderlichen eingesetzten IT-Dienstleister wie Dataport
- ggf. Gericht
- andere ggf. zuständige Behörden

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung bzw. dem BDSG folgende Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus den Artikeln 15 bis 18, 21 und 77 DSGVO sowie §§ 57, 58 BDSG.

- **Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO, § 57 BDSG)**

Unter den Voraussetzungen des Artikels 15 DSGVO bzw. von § 57 BDSG können Sie vom Verantwortlichen Auskunft über Ihre verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

- **Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO, § 58 BDSG)**

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie unverzüglich eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung eine Vervollständigung verlangen.

- **Recht auf Löschung/„Recht auf Vergessenwerden“ (Artikel 17 DSGVO, § 58 BDSG)**

Unter den Voraussetzungen des Artikels 17 DSGVO bzw. von § 58 BDSG können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Ob Sie die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen können, hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von der zuständigen Vergabestelle zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben oder rechtlicher Verpflichtungen noch benötigt werden.

- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO, § 58 BDSG)**

Sie haben unter bestimmten Voraussetzungen das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu verlangen.

- **Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)**

Sie haben unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zu widersprechen. Allerdings kann dem nicht nachgekommen werden, wenn der Verantwortliche zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

- **Recht auf Beschwerde (Artikel 77 DSGVO)**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen. Dies ist die bzw. der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein **Beschwerderecht** beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str 22, 20459 Hamburg, Tel.: 040/42854-40 40, E-Fax: 040/4279-11811, E-Mail: [mailbox@datenschutz.hamburg.de](mailto:mailbox@datenschutz.hamburg.de)).